

Sitzungsperiode 2022-2023  
Sitzung des Ausschusses IV vom 5. Oktober 2022

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 1120 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu AlltagshelferInnen**

Im Rahmen einer Fragestunde im vergangenen Juni erklärte die DG-Regierung, dass ab Herbst 2022 Alltagshelfer „geschaffen“ werden.

Sie werden keine Pflege leisten dürfen, aber sie werden das Pflegepersonal im nicht-pflegerischen Bereich entlasten – so der Minister.<sup>1</sup>

Durch diese Maßnahme verspricht sich die Regierung einen gezielteren Einsatz der Pflegekräfte im pflegerischen Bereich.

Hierzu folgende Fragen:

1. Lief die Anwerbungsphase zufriedenstellend?
2. Können alle geplanten Stellen besetzt werden?
3. Gibt es Feedback der Pflegekräfte hinsichtlich einer tatsächlich spürbaren Entlastung?

- **Frage Nr. 1121 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Hilfe für krebskranke junge Menschen**

Der föderale Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke treibt die Einrichtung von Betreuungsteams für voran, die krebskranken jungen Menschen ihre Hilfe anbieten. Die kleinen Einheiten sollen aus einem Coach, einem Sozialassistenten und einem Psychologen bestehen.

Ab Herbst 2023 sollen diese in sechs Krankenhäusern auf dem gesamten Landesgebiet zum Einsatz kommen und Patienten zwischen 16 und 35 Jahren individuell betreuen.

Da sie sich Menschen zwischen 16 und 35 Jahren in einer anderen Lebensphase befänden als ältere Patienten, hätten sie besondere psychosoziale Bedürfnisse, so Presseberichten zufolge<sup>2</sup>.

Hierzu folgende Fragen:

1. Wird es auch in Ostbelgien zum Einsatz dieser Teams kommen?
2. In welchem Krankenhaus wird das ggf. sein?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> Mündliche Frage Nr. 1041 am 8. Juni 2022.

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/79664/artikel/2022-09-21/minister-stellt-projekt-vor-krebskranke-junge-menschen-sollen-gezielt-hilfe>.

- **Frage Nr. 1122 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Forderung nach einem Armutsnetzwerk**

Organisationen im belgischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut fordern die föderalen und regionalen Regierungen dazu auf, eine Arbeitsgruppe „Energie-Wohnen“ einzurichten. Es sei an der Zeit, strukturelle Lösungen zur Bewältigung der Energiekrise zu erarbeiten, betonte das Netzwerk in der letzten Woche

Das Netzwerk der belgischen Armutsorganisationen befürchtet, dass die derzeitigen Maßnahmen der Regierungen nicht ausreichen, um ein „soziales Blutbad“ zu verhindern.

Schon vor der Coronakrise hatte jeder fünfte Belgier mit akuter Energiearmut zu kämpfen. Angesichts der Energiekrise sowie der noch nicht überwundenen Folgen der Pandemie und der Überschwemmungen von verganginem Sommer, werde die Situation zunehmend schlimmer, heißt es. Das Problem, die Energierechnungen nicht bezahlen zu können, würde immer größere Teile der Gesellschaft betreffen, so das Netzwerk gegen Armut. Dies gelte bereits jetzt für die sogenannte untere Mittelschicht, betont das Netzwerk in einem communiqué.

Premierminister Alexander De Croo hatte sich unterdessen vorsichtig zu einer Mehrwertsteuersenkung geäußert. Auch deutliche Aussagen zur Zukunft des erweiterten Sozialtarifs vermied er. Der Premier fürchtet, den Staatshaushalt mit strukturellen Maßnahmen weiter zu belasten. Will heißen: keine guten Vorzeichen für die Forderungen des Armutsnetzwerks.<sup>3</sup>

Hierzu folgende Fragen:

1. Wie positioniert sich die ostbelgische Regierung zur Forderung des Netzwerks gegen Armut?
2. Hat es eine Aussprache zwischen den einzelnen Regierungen hierzu gegeben?
3. Falls nicht: Wird die DG-Regierung diese Aussprache einfordern?

- **Frage Nr. 1123 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zur bevorstehenden Einführung des Pflegegelds der DG**

Auf Ihren Vorschlag hin verabschiedete unser Parlament am zurückliegenden 27. Juni die Reform der früheren Beihilfe für Betagte. Sie beinhaltet als eines ihrer wohl wesentlichsten Elemente die Umwandlung der früheren Beihilfe in das künftig durch die DG zu gewährende Pflegegeld.

Dabei wurde jedoch nicht nur der Name gewechselt. Vielmehr wurde auch eine Systemveränderung auf den Weg gebracht.

Insgesamt soll das neue Pflegegeld gerechter sein, dies über die Aspekte einer finanziellen Unterstützung hinaus. Zudem soll es einer größeren Anzahl von Empfängern gewährt werden und sich nicht mehr nur an deren Einkommen sondern an ihrem Unterstützungsbedarf im Alltag orientieren. Außerdem ist für die Bezieher niedriger Einkommen ein Sozialzuschlag vorgesehen, der auf Basis der erhöhten Krankenkassenrückerstattung gewährt wird.

In Kraft treten soll die Reform am 1. Januar 2023, womit also nur noch wenige Monate Vorbereitungszeit verbleiben.

---

<sup>3</sup> <https://www.grenzecho.net/79873/artikel/2022-09-26/armutsnetzwerk-fordert-strukturelle-massnahmen>.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen:

1. Wie weit fortgeschritten sind aktuell die Vorbereitungen zur Einführung des Pflegegelds der DG?
2. Steht in diesem Zusammenhang noch eine Informationskampagne über das neue Pflegegeld der DG bevor?

• **Frage Nr. 1124 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Gesundheitsprävention während der Energiekrise**

Im Rahmen der Energiekrise werden viele Menschen in diesem Winter an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten stoßen. Aus diesem Grund erklären jetzt schon viele, wie man effizient Energie spart und sinnvoll heizt. Dabei kann der Gesundheitsaspekt dieser Krise nicht übersehen werden: Wenn Menschen nicht mehr heizen oder heizen können, sich Medikamente nicht mehr leisten können, an gesunder Ernährung oder sportlicher Betätigung sparen müssen,... sinkt auch die Volksgesundheit. Zusätzlich ist hinlänglich bekannt, dass eine solche Situation zu einer Verschlechterung der mentalen Gesundheit führen kann. Alles in allem nimmt auch die soziale Gesundheit ab. Das Ungleichgewicht zwischen denen, die sich die hohen Energiepreise leisten können und denjenigen, für die es den sozialen Absturz bedeuten kann, wird immer größer.

All das vor dem Hintergrund einer noch nicht völlig besiegten Pandemie ist in unseren Augen Grund zur Besorgnis. Wir sehen eine allumfassende Präventions- und Informationskampagne für gesundes Leben in Zeiten von finanziellen Engpässen und geringen Möglichkeiten als äußerst notwendig an.

Deshalb möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Wie wird die Regierung die bestehende Gesundheitsprävention an die aktuelle Situation anpassen?
2. Welche besonderen Maßnahmen zur Gewährleistung der sozialen Gesundheit möchte die DG ergreifen?

• **Frage Nr. 1125 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Entkriminalisierung des Drogenkonsums**

In einem GrenzEcho-Artikel vom 27.09.2022 wurde die Möglichkeit einer Entkriminalisierung von Drogen beleuchtet. Spezifisch geht es darum, die Gesetzgebung, deren Grundlage 1921 geschrieben wurde, auf die Realitäten unserer Zeit anzupassen, und zu entstigmatisieren. Als zeitlicher Kontext: 1921 hatte in den USA gerade die Prohibition angefangen, das wohl bekannteste Beispiel für eine gescheiterte Verdrängungspolitik. 2018 war laut Sciensano der Anteil der 15- bis 64-jährigen, die Cannabis konsumieren, auf 22,6 % gestiegen. Laut dem Euregional Health Atlas der Euregio Maas-Rhein liegt der Schnitt der 13- bis 16-jährigen, die in den letzten 4 Wochen Cannabis konsumiert haben, bei 8,2 % in Ostbelgien<sup>4</sup>.

Entkriminalisieren bedeutet nicht, dass die Substanzen legalisiert werden, sondern dass Verhaltensweisen (wie der private Konsum und Besitz bis zu einer bestimmten Menge) von der strafrechtlichen Sanktionierung ausgenommen werden. Der Sinn dabei wäre, die Justiz und Polizei auf die Händler und Produzenten zu konzentrieren und dem problematischen Konsum einen Ansatz der Betreuung entgegenzusetzen. Diese Art der Politik hat sich in anderen Ländern bereits bewährt.

Während wir in der DG diese Veränderung nicht alleine beschließen können, steht es uns allerdings offen, im Rahmen der Gesetzgebung das Maximum an Entstigmatisierung von Drogenkonsum zu leisten und Ansätze zu liefern, um dem problematischen Drogenkonsum

<sup>4</sup> <http://euregionalhealthatlas.eu/volwdashboard.html>.

Hilfestellungen zur Lebensbewältigung und zur Abgewöhnung entgegenzusetzen. Dazu meine Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Welche Ansätze zur Entstigmatisierung von Drogenkonsum verfolgt Ihre Gesundheitspolitik?
2. Welche Ansätze zur Gesundheitsförderung von Menschen mit problematischem Drogenkonsum verfolgen Sie?

• **Frage Nr. 1126 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Finanzierungsschlüssel der ÖSHZ**

Wie in jeder politischen Kommunikation der letzten Monate hörbar, leben wir in einer krisengeplagten Zeit, in der viele unserer sicher geglaubten Systeme auf dem Prüfstand stehen. Manche Konzepte erscheinen von der Realität einfach überholt und gilt es, zu erneuern, um sie aktueller und damit krisenresistenter zu machen.

Die seit der Finanzkrise ab 2007 immer stärker werdenden und spätestens seit Corona, Flutkatastrophe und Energiekrise eklatanten Probleme in der Grundsicherung der Menschen, für die die ÖSHZ in ihrer zentralen Rolle aufkommen, offenbaren nicht nur einen Mangel an finanziellen Mitteln, sondern ebenfalls die Dringlichkeit in der Veränderung des Systems.

Vor allem in größeren Gemeinden und Städten fühlt man die Folgen dieses Problems – so sind die Diskrepanzen in der Zahl der Sozialhilfeempfänger pro tausend Einwohner extrem. Eupen hat als größere Stadtgemeinde eine Zentrumsfunktion in der DG. Allein im Schnitt pro 1000 Einwohner hat das ÖSHZ Eupen ein fast drei Mal so großes Klientel, wie im Schnitt aller restlichen DG-Gemeinden. In Kelmis ist es ebenso deutlich höher als in den kleineren Gemeinden. Wie sich das auf die Finanzen dieser Gemeinden ausschlägt, braucht man nicht lange rechnen. Ich befürchte, dass diese Schwierigkeiten sich künftig auf die anderen DG-Gemeinden ausbreiten werden.

Um zu verhindern, dass viele ÖSHZ in große finanzielle Not geraten, muss die Frage nach einer Veränderung der Verteilungsschlüssel in der Finanzierung der ÖSHZ da, wo die DG Zugriff hat, nämlich in der Sozialhilfedotation über den Sonderfonds für Soziales, gestellt werden. Dementsprechend sind meine konkreten Fragen an Sie:

1. Was kann die DG-Regierung in Bezug auf die Faktoren des Sonderfonds für Soziales verändern, um die besonders betroffenen Gemeinden in dieser Lage zu unterstützen?
2. Mit welcher Strategie geht die Regierung an das Problem der sich viel schneller entwickelnden Probleme in größeren Gemeinden heran?
3. Wie wird die Regierung die ÖSHZ in diesen Prozess einbeziehen?

• **Frage Nr. 1127 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema „Rückstände mRNA-Impfstoff in der Muttermilch“**

Der Focus sowie der MDR berichteten vor einigen Tagen von einer amerikanischen Studie, die belegt, dass Rückstände der mRNA-Impfung in der Muttermilch zu finden sind.<sup>5 6</sup> Die Resultate wurden am 26. September 2022 in der Fachzeitschrift JAMA Pediatrics veröffentlicht.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> [https://www.focus.de/gesundheit/coronaimpfung-impfstoff-rna-in-muttermilch-nachgewiesen-was-das-nun-fuer-muetter-bedeutet\\_id\\_154659625.html](https://www.focus.de/gesundheit/coronaimpfung-impfstoff-rna-in-muttermilch-nachgewiesen-was-das-nun-fuer-muetter-bedeutet_id_154659625.html).

<sup>6</sup> <https://www.mdr.de/wissen/stillende-muetter-mrna-impfung-neue-studie-100.html>.

<sup>7</sup> [https://jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/fullarticle/2796427?guestAccessKey=1c13d17c-1c25-4828-b261-9f321e5126a1&utm\\_source=twitter&utm\\_medium=social\\_jamaped&utm\\_term=7701881843&utm\\_campaign=article\\_alert&linkId=183092079](https://jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/fullarticle/2796427?guestAccessKey=1c13d17c-1c25-4828-b261-9f321e5126a1&utm_source=twitter&utm_medium=social_jamaped&utm_term=7701881843&utm_campaign=article_alert&linkId=183092079).

Zwar ist die Studie klein und es wird auch keine eindeutige Schlussfolgerung gezogen, was die Langzeitfolgen für die mit mRNA-Impfstoffen genährten Säuglinge angeht. Dennoch warnen die Autoren ganz eindeutig (freie Übersetzung):

„Allerdings ist, bis weitere Sicherheitsstudien durchgeführt werden, Vorsicht geboten, wenn Kinder, die jünger als 6 Monate sind, in den ersten 48 Stunden nach der mütterlichen Impfung gestillt werden. Darüber hinaus muss die mögliche Interferenz der COVID-19-Impfstoff-MRNA mit der Immunantwort auf mehrere Routineimpfstoffe, die Säuglingen in den ersten sechs Monaten verabreicht werden, in Betracht gezogen werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass stillende Personen in künftige Impfstudien einbezogen werden, um die Auswirkungen von mRNA-Impfstoffen auf die Laktation besser beurteilen zu können.“

Bei der Verabreichung von Medikamenten, und erst recht, wenn diese nur über eine bedingte Zulassung verfügen, gilt immer noch der Leitsatz "Primum non nocere".

Meine Fragen an Sie, in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister, der für die Prävention zuständig ist:

1. Haben Sie vor, die Impfung der schwangeren und stillenden Frauen vorerst zu stoppen, bis es eindeutige Erkenntnisse gibt?
2. Haben Sie vor, die bisher in der DG geimpften Schwangeren über diese Situation aufzuklären und Sie auf ein potenzielles Risiko des Stillens nach Impfung aufmerksam zu machen?
3. Haben Sie vor, die Aussagen auf der Webseite der DG diesbezüglich anzupassen?

• **Frage Nr. 1128 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister ANTONIADIS zu Sprachkompetenzen im Pflegesektor**

Eines der wichtigsten Elemente in der Pflege ist die korrekte Verständigung.

Das Beherrschen der Sprache ist daher eine der Voraussetzungen um sich mit den Patienten, mit seinen Kollegen oder mit seinen Vorgesetzten verständigen zu können.

Besonders in einer Nachbarregion zur Wallonie wie der unseren, mit Patienten sprich Bewohnern in Wohn- und Pflegezentren, die nicht unbedingt zweisprachig sind, ist es wichtig, dass das Personal in der Lage ist, in der Muttersprache, der ihr anvertrauten Person kommunizieren zu können.

Das Pflegepersonal ist aktuell nicht immer zweisprachig.

Wie Sie wissen, kommt ein Teil des Personals aus der französischsprachigen Region und verfügt allzu oft nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse in Deutsch.

Dies gilt umgekehrt auch für Personal aus der deutschsprachigen Gemeinschaft, welches die französische Sprache nicht gut genug beherrscht, um sich mit frankophonen Bewohnern unterhalten zu können.

Nicht zu vergessen ist auch das Pflegepersonal, das aus dem Ausland kommt und auch dieses verfügt nicht immer über die nötigen Sprachkenntnisse, sei es in Deutsch oder Französisch.

Meine Fragen an Sie, Herr Minister, lauten daher wie folgt:

1. Werden derzeit Sprachkurse für Pflegepersonal in unserer Gemeinschaft angeboten?
2. Wie werden oder könnten diese Kurse implementiert werden?

• **Frage Nr. 1129 Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema „Die ÖSHZ schlagen Alarm“**

Der BRF berichtete am 21.09.2022<sup>8</sup>, dass die Kapazitäten der ÖSHZ für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen erschöpft seien: es fehle vor allem an Personal und Wohnungen. Raerens ÖSHZ-Präsident Ferdy Leusch fordere einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus der Ukraine, da die DG-Gemeinden bereits überdurchschnittlich viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen hätten. Mein Kollege Colin Krafft befragte Sie in der letzten Plenarsitzung dazu.

Natürlich sind die ÖSHZ überlastet, denn man darf die bereits bestehenden Sozialhilfeempfänger nicht vergessen. Das GrenzEcho berichtete Mitte September, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der DG von 2008 bis 2020 von 709 auf 1.033 Menschen monatlich gestiegen sei – Tendenz weiter steigend.<sup>9</sup>

Wir werden dazu zu einem späteren Zeitpunkt eine SF einreichen.

Auch Le Soir titelt am 22.09.2022: "Wallonische ÖSHZ schlagen Alarm: "Unsere Beschäftigten sind am Ende".<sup>10</sup>

In Wallonien ist die Zahl der Personen, die das Einkommen zur sozialen Integration beziehen, zwischen 2010 und 2020 um 63,8 % gestiegen, bei den unter 25-jährigen sogar um 71,8 %. Unter den Letzteren explodierte die Zahl der Studenten, die Hilfe von Ihrem ÖSHZ beantragen: ein Anstieg um 95,3 %, im selben Zeitraum.

Dass die ukrainischen Flüchtlinge dringend auf den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, um unsere ÖSHZ zu entlasten, liegt klar auf der Hand. Dazu stellte ich bereits eine MF in der letzten Kontrollsitzung an Ministerin Weykmans. Fragen, die in diesem Hause nicht gerne gehört werden.

Nun kommt aber ein Hilfeschrei der hiesigen ÖSHZ und es wird Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Wobei selbst das in Arbeit bringen nicht alle Probleme lösen wird, denn der Personalmangel und die Energiekrise bleiben weiter bestehen.

Sie haben bereits in der Plenarsitzung vom 26.09.2022 zu diesem Thema Stellung bezogen, als Sie auf die aktuelle mündliche Frage zum Thema "Empfehlung eines Aufnahmestopps von Flüchtlingen aus der Ukraine seitens der ostbelgischen ÖSHZ" von der CSP-Fraktion antworteten. Sie blieben mit den Aussagen in Ihrer Antwort allerdings sehr vage und gaben keine konkreten Lösungsansätze für die personelle Überforderung der ÖSHZ sowie für den mangelnden sozialen Wohnraum.

Die Vivant-Fraktion stellt – wieder einmal – fest, dass die DG-Regierung, an ihre Grenzen stößt, denn hier ist es eben nicht damit getan, Geld zu verteilen.

Daher lauten unsere Fragen

1. Haben zwischenzeitlich Gespräche mit den hiesigen ÖSHZ stattgefunden, um Ansätze zur Problembewältigung in Bezug auf den Personalmangel und den Mangel an sozialem Wohnraum zu finden?
2. Die ÖSHZ haben ebenfalls Interesse daran, die Flüchtlinge in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren. Welche Sensibilisierungsmaßnahmen bzw. Maßnahmen werden getroffen?

<sup>8</sup> 2022-09-21-BRF-Ukrainische Flüchtlinge und Heizkosten – ÖSHZ schlagen doppelt Alarm.pdf - <https://brf.be/regional/1645441/>.

<sup>9</sup> 2022-09-13-GE-Helfen, wo Hilfe dringend benötigt wird.pdf - <https://www.grenzecho.net/79233/artikel/2022-09-13/helfen-wo-hilfe-dringend-benotigt-wird>.

<sup>10</sup> 2022-09-22-Soir-Les CPAS wallons tirent la sonnette d'alarme «Nos travailleurs sont au bout du bout» - Le Soir.pdf - <https://www.lesoir.be/467038/article/2022-09-22/les-cpas-wallons-tirent-la-sonnettedalarme-nos-travailleurs-sont-au-bout-du>.

3. Gibt es einen Verteilerschlüssel pro Gemeinde für geflüchtete Menschen aus der Ukraine? (Worriken ausgenommen)